

Antrag

der Abg. Klubvorsitzenden Steidl, Thöny MBA und Mösl MA betreffend Verbesserungen der Rahmenbedingungen in der Pflegeausbildung

Das Arbeitsverbot für bereits ausgebildete Pflegekräfte aus Nicht-EU-Ländern (unterstützt durch die derzeitige Bundesregierung) verstärkt den bestehenden Pflegenotstand. Es bedarf in der Pflege dringender Maßnahmen, um die Pflege in ihrem Angebot und in ihrer Qualität für die Salzburgerinnen und Salzburger zu sichern.

Dazu braucht es auch für die künftigen Pflegekräfte Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen der Ausbildung. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Existenzsicherung der Auszubildenden. Zum einen ist es für Berufsumsteigerinnen und Berufsumsteiger, die nicht arbeitslos sind, nahezu unmöglich, sich für eine Pflegeausbildung zu entscheiden und gleichzeitig ihre bereits aufgebaute Existenz grundlegend zu sichern. Andererseits ist das Taschengeld für jene Auszubildenden in der Erstausbildung nicht zeitgemäß und mit der Lehre nicht konkurrenzfähig, sodass sich mögliche Interessenten derzeit eher für eine Lehre in einem anderen Beruf entscheiden, weil sie mit der Lehrlingsentschädigung ihren Unterhalt bestreiten können.

Diese Hürden gilt es abzubauen, um die Entscheidung für die Pflegeausbildung zu erleichtern.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht,

1. für Berufsumsteigerinnen und Berufsumsteiger ein Landesstipendien-Modell einzurichten, das nicht an den Status der Arbeitslosigkeit gebunden ist,
2. für die Pflege-Erstausbildung eine angemessene Entlohnung, angelehnt an die Lehrlingsentschädigung zu schaffen,
3. zusätzlich zu der geplanten Pflege-BHS im Lungau, eine Pflege-BHS im Zentralraum einzurichten, um möglichst viele junge Interessierte abzuholen,

4. an den Bund mit der Forderung heranzutreten, nach den Pflegekräften im gehobenen Dienst auch die Berufe der Pflegefachassistenten und Pflegeassistenten in die Mangelberufsliste aufzunehmen sowie
5. die Anerkennung der Qualifikationen im Nostrifikationsverfahren zu beschleunigen.
6. Dieser Antrag wird dem Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 19. Dezember 2018

Steidl eh.

Thöny MBA eh.

Mösl MA eh.